

STAND MONTAFON

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen am 18. Jänner 1994 im Sitzungssaal des Standes Montafon in Schruns anlässlich der 21. Sitzung der Landesvertretung in der laufenden Legislaturperiode.

Aufgrund der Einladung vom 11. Jänner nehmen an der auf 14.00 Uhr einberufenen Landessitzung teil:

Landesrepräsentant LAbg. Mag. Siegmund Stemer, St. Anton;

Bürgermeister Harald Wekerle, Schruns;

Bürgermeister Guntram Bitschnau, Tschagguns;

Bürgermeister Martin Vallaster, Bartholomäberg;

Bürgermeister Wilhelm Säly, Silbertal;

Bürgermeister Heinrich Sandrell, Gaschurn;

Bürgermeister Lothar Ladner, Lorüns;

Vzbgm. Franz Egele, Vandans;

Vzbgm. Walter Rudigier, St. Gallenkirch;

Entschuldigt:

Bürgermeister Bertram Luger, Stallehr;

Bürgermeister Burkhard Wachter, Vandans;

Bürgermeister Fritz Rudigier, St. Gallenkirch;

Schriftführer: Landessekretär Mag. Johann Vallaster;

Der Vorsitzende eröffnet um 14.05 Uhr die Landessitzung, begrüßt die Landesvertreter und stellt gem. Landesstatut die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die vorliegende Tagesordnung nach Umfrage kein Einwand erhoben, zur Behandlung steht somit nachstehende

TAGESORDNUNG

- 1.) Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung vom 7.12.1993;
- 2.) Berichte des Vorsitzenden;
- 3.) Entscheidung über Verkauf des Ferienhauses "Dr. Zurkirchen";
- 4.) Beratungen zum Thema "Montafon-Tourismus";
- 5.) Betriebs- und Verwaltungsgebäude - weitere Entscheidungen;
- 6.) Allfälliges;

-2-

Erledigung der Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung bringt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß Bgm. Wachter krankheitsbedingt einige Tage ins Spital mußte und sich derzeit zur Genesung wieder Zuhause befindet.
Die Ständesvertretung spricht Bürgermeisterkollegen Wachter die besten Genesungswünsche aus.

Pkt. 1.)

Die Niederschrift über die 20. Ständessitzung vom 17. Dezember 1993, welche allen Ständesvertretern zugegangen ist, wird über Antrag des Vorsitzenden in der vorliegenden Fassung ohne Ergänzungen einstimmig genehmigt und unterfertigt.

Pkt. 2.) - Berichte des Vorsitzenden:

a) Der Vorsitzende berichtet über Gespräche mit Vertretern des Arbeitsamtes Bludenz über Möglichkeiten zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen der Aktion 8000 und übergibt den Bürgermeisterkollegen dazu die vom Arbeitsamt überlassenen Unterlagen mit der Bitte, dieselben zu studieren und Möglichkeiten zur Mitwirkung in den vorgeschlagenen Projekten zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen aus der Talschaft

bei den Gemeinden zu untersuchen. Dazu wird weiters berichtet, daß auch im Rahmen des Forstbetriebes des Standes Montafon gemeinsam mit dem Betriebsleiter Beschäftigungsmöglichkeiten in der Waldbewirtschaftung geprüft werden sollen.

Im Rahmen dieser Aktion würden die Lohnkosten zu einem Drittel von der Arbeitsmarktverwaltung und zu einem Drittel vom Land getragen, sodaß schließlich vom jeweiligen Anstellungsträger ein Drittel des Personalaufwandes zu übernehmen ist.

b) Zu den verschiedenen Vorstößen in Sachen Steuerreform berichtet der Vorsitzende über die Reaktionen von Bundesminister Dkfm. Lacina, Staatssekretär Dr. Ditz und dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Romeder, welche in den letzten Wochen beim Stand Montafon eingelangt sind.

Dazu wird die Auffassung vertreten, daß durch den vorerst für die Jahre 1994 + 1995 geschaffenen Härteausgleich der Einnahmefall durch die Steuerreform wesentlich entschärft werden konnte, die vorliegenden Stellungnahmen jedoch für die weitere Entwicklung des Steueraufkommens in den Gemeinden, vor allem für die Kraftwerksgemeinden, unbefriedigend ist und in dieser Angelegenheit weitere Initiativen unternommen werden.

Auf Landesebene werden die Kriterien für die Berechnung der Landesumlage den neuen Verhältnissen angepaßt, sodaß in diesem Bereich auch das tatsächliche Steueraufkommen Berücksichtigung finden soll.

Die vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen können vorerst lediglich zur Kenntnis genommen werden. Tatsache ist, daß vor allem die Kraftwerksgemeinden durch den gänzlichen Entfall der Gewerbesteuer gegenüber anderen Gemeinden stärker betroffen sind und daher über einen möglichen Ausgleichsmechanismus weitere Gespräche stattfinden sollen.

Der Vorsitzende informiert die in diesem Zusammenhang weiters, daß die Forderung nach Überlassung des Wasserzinses von ihm in den letzten Wochen beim Land bzw. beim Landesfinanzreferenten Dr. Lins neuerlich deponiert wurde, zumal ein wesentlicher Punkt der bisherigen Argumentation (hohes Gewerbesteueraufkommen für die Gemeinden mit Kraftwerksanlagen) aufgrund der Steuerreform nicht mehr gegeben ist. Der Vorsitzende vertritt die Ansicht, daß für die weiteren Verhandlungen in Sachen Wasserzins der Entfall der Gewerbesteuer als zentrales Kriterium für einen möglichen Aufteilungsmaßstab mitzuberücksichtigen sein wird. Insgesamt wurde das neuerlich vorgebrachte Anliegen vom Landesfinanzreferenten Dr. Lins zustimmend zur Kenntnis genommen und Gespräche bei Vorliegen seriöserer Vergleichsberechnungen zugesagt.

Bgm. Sandrell ersucht in diesem Zusammenhang die Überlegungen in Richtung eines "Wasserkraftschillings" für die Gemeinden, wie dies auch in anderen Bundesländern erfolgt, weiter anzustellen. Er stellt weiters fest, daß die bisherige Argumentation des Landes in Sachen Wasserzins als nicht schlüssig zu beurteilen ist, er stimmt jedoch zu, daß aufgrund der jetzigen Situation für die Gemeinden eine bessere Verhandlungsposition gegeben ist. Bgm. Sandrell sichert die volle Unterstützung für die Bemühungen des Landesrepräsentanten in dieser Angelegenheit zu, zumal nach Ablauf des Jahres 1995 mit Auslaufen des Härteausgleiches die weitere Einnahmenentwicklung in den Gemeinden noch völlig fraglich ist.

Der Landesrepräsentant stellt abschließend fest, daß bei realistischer Betrachtung die Chancen für eine eigene Lösung für die "Kraftwerksgemeinden" derzeit leider als eher gering einzustufen sind.

c) Mit Bescheid vom 14.12.1993 der Bezirkshauptmannschaft Bludenz wurde den Montafoner Hochjochbahnen die Landschaftsschutzbewilligung zur Errichtung des Schitunnels Seebliga erteilt.

d) Von Frau Helga Nesensohn aus Bartholomäberg wird eine Ausstellung zu dem im Jänner 1954 (somit vor 40 Jahren) erfolgten Lawinenunglück in Bartholomäberg organisiert. Die Eröffnung dieser Ausstellung findet am 29. Jänner um 18.00 Uhr im Haus des Gastes statt.

Dem Ansuchen von Frau Nesensohn um Gewährung eines Zuschusses zu den mit der Organisation der Ausstellung verbundenen Kosten wird über Antrag des Vorsitzenden von der Landesvertretung einstimmig zugestimmt.

Pkt. 3.)

Vom Landessekretär wird berichtet, daß das Verlassenschaftsverfahren nach Dr. Zurkirchen beim Notar abgeschlossen ist und für die grundbücherliche Eintragung lediglich die Erledigung durch das Finanzamt noch ausständig ist. Die grundverkehrsrechtlichen Bewilligungen liegen bereits vor. Es wird dazu weiters bekanntgegeben, daß für den Stand Montafon als Vermächtnisnehmer für das Ferienhaus, dessen Erlöse im Sinne des Testamentes von Dr. Zurkirchen für Zwecke des Montafoner Heimatmuseums zu verwenden sind, keine Kosten für das Verlassenschaftsverfahren bzw. die bereits durchgeführte Grundtrennung anfallen. Die anfallenden Erbschaftssteuern für das Vermächtnis sind vom Stand Montafon zu tragen, wobei nach derzeitigem Wissensstand der Einheitswert als Bemessungsgrundlage herangezogen wird.

-4-

Zu der über die Vorarlberger Tageszeitungen erfolgten Ausschreibung des Verkaufes des Ferienhauses wird berichtet, daß ca. 10 Interessenten vorstellig wurden, welche das Gebäude auch besichtigt haben. Vor allem auf Grund der Größe des Objektes wurde von Familien mit Kindern in der Folge kein weiteres Interesse am Erwerb dieses Ferienhauses bekundet.

Die konkret vorliegenden Angebote werden wie folgt zur Kenntnis gebracht:

a) Dipl.-Ing. Wilfried und Helga Rudhardt, Fußach mit einem Kaufpreis von S 1,1 Mio.:
Das Objekt soll in den nächsten zehn Jahren als Ferienhaus weitergenutzt und allmählich

entsprechend adaptiert werden, sodaß in der Folge eine Eigennutzung vorgesehen ist.

b) Müller Reinhard, Hauptschullehrer an der HS Schruns-Dorf, wohnhaft, in Tschagguns
mit einem Kaufpreis von S 850.000,-:
Das Ferienhaus soll entsprechend adaptiert und als Dauerwohnsitz genutzt werden.

c) Dipl.-Ing. Wolfgang Gütter, wohnhaft in Schruns zum Preis von S 700.000,-:
Dipl.-Ing. Gütter ist in der maschinentechnischen Abteilung der Fa. Jäger beschäftigt und möchte des Ferienhaus ebenfalls als Dauerwohnsitz nutzen.

Das vorgelegte Angebot erlangt allerdings nur dann Gültigkeit, wenn nachstehende Auflagen erfüllt werden:

eine Aufstockung des Gebäudes um 0,90 m muß möglich sein;

die Errichtung eines Heizkellers lt. Anlage muß möglich sein;

die Errichtung einer Garage lt. Anlage und damit verbunden die Zusicherung der Bauabstandsnachsicht gegenüber verschiedenen Grundparzellen muß gesichert sein;

Genehmigung durch die Grundverkehrskommission;

d) Von Loos Josef aus St. Gallenkirch wurde ein Tauschangebot mit der Waldparzelle 3753/2 mit einer Fläche von ca. 8 ha gegen Tausch des Ferienhauses unterbreitet. Dazu wird weiters bekanntgegeben, daß es sich hierbei um einen ausgesprochenen Schutz- und Bannwald handelt, auf welchem schätzungsweise 2.000 fm Holz stocken und hinsichtlich des Grenzverlaufes zwischen Stand Montafon und Waldbesitz von Loos Josef bereits seit Jahrzehnten unterschiedliche Meinungen bestehen und bis heute noch keine endgültige Klärung möglich war.

Im Rahmen der sehr ausführlichen Diskussion wird von der Standesvertretung die einhellige Meinung ausgesprochen, dem Angebot von Hauptschullehrer Müller Reinhard, der als ortsansäßiger Lehrer eine Nutzung als Dauerwohnsitz beabsichtigt, den Vorzug einzuräumen, wobei jedoch der Vorsitzende beauftragt wird, den Kaufpreis auf mind. S 1 Mio. zu erhöhen. Die endgültige Entscheidung wird zur Vornahme der nötigen Gespräche auf die kommende Sitzung vertagt.

Dem vorgeschlagenen Tausch von Loos Josef kann sowohl hinsichtlich der wertmäßigen Gegenüberstellung nicht näher getreten werden, andererseits ist zu berücksichtigen, daß das Ferienhaus in das Eigentum des 10-gliedrigen Standes Montafon übergehen wird, während ein allfälliger Erwerb der Waldparzelle nur durch den 8-gliedrigen Forstfonds erfolgen könnte.

-5-

Bgm. Sandrell ersucht, unter Hinweis auf das erst kürzlich eingebrachte Ansuchen der Gemeinde Gaschurn die Frage der weiteren Förderung des Montafoner Tourismuseums in Gaschurn zu beraten. Er berichtet dazu weiters, daß in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Doppelseite zum Tourismuseum Gaschurn enthalten war, weiters wurde in der jüngsten Ausgabe des "Bodensee-Heftes" das Tourismuseum auf sechs Seiten ausführlich vorgestellt, wobei in allen Publikationen stets der montafonbezogene Aspekt hervorgehoben wird.

Gleichzeitig sind beim Wissenschaftsministerium Überlegungen und Vorbereitungen im Gange, den Österreichischen Museumspreis dem Montafoner Tourismuseum in Gaschurn zuzuerkennen.

Vom Vorsitzenden wird dazu der besondere Wert der Werbewirksamkeit für die Talschaft in den genannten Publikationen hervorgehoben. Zur Frage der weiteren Förderung wird einvernehmlich die Entscheidung bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Verlassenschaftsverfahren und die anschließende Verwertung des Ferienhauses aufgeschoben. Grundsätzlich wird in Anlehnung an frühere Beratungen die Gewährung einer Förderung aus dem Veräußerungserlös für diesen Zweck bestätigt.

Pkt. 4. / 5.)

Eingangs wird vom Vorsitzenden festgestellt, daß die Behandlung der Punkte 4 und 5 sachlich in einem sehr engen Zusammenhang zu sehen sind und daher eine gemeinsame Behandlung für zweckmäßig erscheint. Diese Vorgangsweise wird von der Landesvertretung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende verweist auf die in den vergangenen Tagen in den Medien erfolgte Berichterstattung zum Montafoner Tourismusverband und stellt fest, daß seit längerer Zeit gewisse Kritikpunkte vor allem aus den Gemeinden Gaschurn und St. Gallenkirch, aber auch aus dem Bereich der Wirtsgemeinschaft in Gaschurn vorliegen, welche vor allem im Bereich des Montafon-Tourismus gewisse Kompetenzabgrenzungsprobleme ansprechen. Unstimmigkeiten liegen im Bereich der Aufgabenzuordnung zwischen Montafon-Tourismus und den örtlichen Tourismusämtern, weiters aber auch bezüglich gewisser Doppelgeleisigkeiten hinsichtlich der Ausgabe Seite vor. In Frage gestellt wird teilweise auch der möglichst effiziente Einsatz der über die Nächtigungen bereitgestellten finanziellen Mittel von S 2,-- /Nächtigungen im Tourismusverband. Dazu kommt, daß durch die Gemeinden St. Gallenkirch und Gaschurn mit dem Begriff "Hochmontafon" in den letzten Jahren ein eigenes Werbekonzept installiert wurde und das derzeitige Marketingkonzept der Verbandsleitung teilweise in Frage gestellt wird.

Tatsache ist, daß Kritikpunkte und Organisations- bzw. Reformierungsvorschläge vorliegen, über die in Ruhe und sachlicher Atmosphäre beraten werden muß. Verschiedene Kritikpunkte sind sicherlich nicht neu, der Vorsitzende gesteht zu, daß vielleicht in manchen Bereichen der Ernst der Lage nicht dem tatsächlichen Ausmaß entsprechend zur Kenntnis genommen wurde. Das Marketingkonzept 1990-95 wurde stimmenmehrheitlich beschlossen und seine Ausführung und Umsetzung mit den maßgeblichen Personen diskutiert.

Er stellt aber andererseits auch klar fest, daß von seiner Seite sowohl als Landesrepräsentant aus Talschaftssicht aber auch als Bürgermeister einer im Verband eingegliederten kleinen Gemeinde keinerlei Auflösungsbestrebungen unterstützt werden und eine Auflösung des talschaftsweiten Tourismusverbandes als eklatanter Rückschritt bezeichnet werden müßte.

Bei allen offenen Fragen und Strukturproblemen darf nicht vergessen werden, daß die gesamte Talschaft ein Interesse zur Wahrung dieser Einheit hat und alle Bemühungen in diese Richtung zu unterstützen sind. Die kleineren Gemeinden wie St. Anton, Bartholomäberg, Silbertal und vielleicht noch weitere Gemeinden werden sicher weder aus personellen noch finanziellen Gesichtspunkten in der Lage sein, allfällige Aufgaben des Tourismusverbandes zu übernehmen.

Der Vorsitzende appelliert an die anwesenden Standesvertreter, Emotionen beiseite zu legen und sachlich die vorliegenden Kritikpunkte zu diskutieren und Vorschläge und Vorstellungen in einer eigens dazu zu installierenden Arbeitsgruppe oder in der Verbandsleitung in den nächsten Monaten zu beraten und offen auszusprechen, sodaß für die Zukunft ein klares Bekenntnis mit einer einstimmig festgelegten Aufgabenzuteilung für den talschaftsweiten Tourismusverband zu erreichen ist.

In Überleitung zu TO-Punkt 5 spricht der Vorsitzende vorerst allen Vertretern der 10 Standesgemeinden einen aufrichtigen Dank dafür aus, daß noch vor Weihnachten des vergangenen Jahres aus allen Gemeindevertretungen ein klares Bekenntnis zum vorliegenden Entwurf für das neue Betriebs- und Verwaltungsgebäude abgegeben wurde.

Der Vorsitzende berichtet über die mit den Architekten in den vergangenen Wochen angestellten Überlegungen und Gespräche, wonach nach nochmaliger intensiver Überarbeitung des Planentwurfes und der internen Organisation nun ein Entwurf mit der Möglichkeit vorliegt, bei gleichem Bauumfang und gleichen Kosten auch Räumlichkeiten für den Tourismusverband in reduzierter Form unterzubringen, wobei auf die im Dachgeschoß vorgesehene Kleinwohnung verzichtet wird. Anhand des vorliegenden Planentwurfes werden die Änderungen vom Vorsitzenden eingehend erläutert und vorgestellt, wobei hinsichtlich der Finanzierungsfrage festgestellt wird, daß gegenüber der seinerzeitigen Berechnung mit einem jährlichen Aufwand von ca. S 560.000 für den Forstfonds durch das nun vorliegende Konzept eine Reduktion um einige Tausend Schilling möglich ist. Dabei wurde als Miete für den Tourismusverband der auf die

Nutzfläche umgelegte Mietpreis in der derzeit existierenden Höhe angesetzt. Der Vorsitzende schlägt vor, die nun vorliegenden organisatorischen Änderungen im Rahmen des Standausschusses zu beraten, sodaß möglichst die weitere Planung fortgeführt und noch im Frühjahr 1994 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Nachdem die grundsätzliche Möglichkeit zur Unterbringung der Büroräumlichkeiten für den Tourismusverband gegeben ist, könnten die im Tourismusverband angesprochenen offenen Fragen organisatorischer und inhaltlicher Natur in den zuständigen Gremien in den nächsten Monaten intensiv beraten werden.

Vizebürgermeister Walter Rudigier zeigt sich über die nun vorliegenden Änderungen angenehm überrascht und äußert seine positive Einstellung zum vorliegenden Konzept, mit welchem nun auch der Tourismusverband untergebracht werden könnte.

Vzbgm. Franz Egele stellt in seiner Wortmeldung fest, daß die Sinnhaftigkeit einer zweiten Wohnung auch in früheren Gesprächen wie auch in Beratungen der Gemeindevertretungen wiederholt in Frage gestellt wurde und äußert daher ebenfalls seine positive Haltung zum vorliegenden Konzept mit einer Unterbringungsmöglichkeit des Tourismusverbandes.

Auch Bgm. Harald Wekerle beurteilt die vorliegenden Änderungen sehr sinnvoll, zumal nun durch nochmalige Überlegungen hinsichtlich der internen Organisation zusätzliche Verwaltungsräumlichkeiten geschaffen werden können. Er stellt jedoch klar fest, daß das nun vorliegende Konzept nicht mit der Diskussion der künftigen Organisation des Tourismusverbandes verbunden werden darf, zumal eine Nutzung der zusätzlichen Räume unabhängig von der künftigen Organisation des Tourismusverbandes auch für andere Zwecke möglich ist. Zur anstehenden Diskussion wird von ihm festgestellt, daß nach seiner Auffassung zum jetzigen

Zeitpunkt noch nicht klar ist, ob lediglich eine Reorganisation des Tourismusverbandes oder dessen gänzliche Auflösung beabsichtigt ist. Bgm. Wekerle äußert sich positiv, daß Möglichkeiten für die Unterbringung geschaffen werden und begrüßt das vorliegende Konzept, wobei dessen Realisierung unabhängig von den angesprochenen Fragenkreis erfolgen kann.

Bgm. Martin Vallaster zeigt sich gleichfalls erfreut, daß nun die Unterbringung des Tourismusverbandes möglich wäre und äußert sich sehr positiv für ein gemeinsames Verwaltungsgebäude für die talschaftsweit tätigen Organisationen. Er ersucht weiters um die Prüfung, ob nicht auch Möglichkeiten zur Unterbringung für den Schiclub Montafon geschaffen werden könnten.

Bgm. Lothar Ladner äußert ebenfalls seine Zustimmung und die positive Haltung zum nun vorliegenden Projektsentwurf.

Gleichfalls schließt sich Bgm. Willi Säly den positiven Wortmeldungen an, wobei von ihm nochmals auf den idealen Standort des Projektes für die Talschaftsverbände hingewiesen wird.

Bgm. Guntram Bitschnau stellt in seiner Wortmeldung fest, daß vor allem die Ausgliederung des Tourismusverbandes in der Gemeindevertretung Tschagguns sehr negativ beurteilt wurde und zeigt sich sehr erfreut über das nun vorliegende Konzept. Er ersucht gleichfalls um Prüfung der Möglichkeit, ob nicht ein Depotraum für den Schiclub Montafon im Kellergeschoß geschaffen werden kann sowie allenfalls ein Büro für dessen Tätigkeit.

Bgm. Sandrell stellt fest, daß zum jetzigen Zeitpunkt in Anbetracht der sehr kritischen Situation seinerseits eine Äußerung zum Fragenkomplex Tourismusverband nicht möglich ist. Er bringt zur Kenntnis, daß seit dem Vortage bei der Gemeinde ein Antrag der Wirtegemeinschaft Gaschurn vorliegt, die Mitgliedschaft beim Tourismusverband Montafon aufzukündigen und von ihm daher derzeit keine Stellungnahme möglich ist.

Der Vorsitzende zeigt sich über diesen Antrag überrascht, zumal er im Gespräch mit dem Obmann der Wirtegemeinschaft in seinen Bemühungen bestärkt wurde, in organisatorischer Hinsicht die nötigen Änderungen in Arbeitsgruppen in den nächsten Monaten zu beraten.

Bgm. Sandrell informiert, daß am heutigen Abend im Tourismusausschuß der Gemeinde der Antrag der Wirtegemeinschaft beraten wird und kann mit gewisser Zustimmung zur Kenntnis nehmen, daß der politische Aspekt aus der derzeitigen Diskussion möglichst herausgehalten

werden soll und im Kreise von Fachleuten die anstehenden Fragen eingehend diskutiert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden sollen. Aus organisatorischen Überlegungen sind bei rein sachlicher Betrachtung die Bemühungen nach Herbeiführung einer höchstmöglichen Effizienz und Kostenminimierung im Bereich des Tourismusverbandes zu unterstützen.

Bgm. Wekerle betont nochmals, daß aufgrund den neuesten Überlegungen weitere Nutzungsmöglichkeiten im künftigen Betriebs- und Verwaltungsgebäude gegeben sind und damit auch die Option geschaffen ist, unabhängig von den weiteren Beratungen über den Bestand des Tourismusverbandes, dessen künftige Unterbringung in diesem Gebäude sicherzustellen. Die anstehenden Fragenkomplexe sind im Rahmen der Verbandsleitung zu diskutieren und die weitere Vorgangsweise dazu festzulegen. Wenn im Sinne des Vorschlages des Landesrepräsentanten Bemühungen zur Findung einer echten Lösung bestehen, sollen die Gespräche auf fachlicher Ebene weitergeführt werden, andererseits soll aber, sofern echte Trennungsabsichten bestehen, dies auch klar ausgesprochen werden, da in diesem Falle weitere Bemühungen vergeblich sind.

-8-

Bgm. Wekerle spricht sich ebenfalls klar dafür aus, daß im Interesse der Gesamttalschaft eine gemeinsame Lösung angestrebt werden muß und die offensichtlich vorliegenden Mißstände einer Klärung zuzuführen sind.

Bgm. Bitschnau kann sich die Erfüllung von Aufgaben des Tourismusverbandes im Rotationsprinzip durch einzelne örtliche Verkehrsämter schon allein aus personellen Überlegungen nicht vorstellen und spricht sich ebenfalls eindeutig für eine gesamttalschaftliche Lösung auch in Zukunft aus.

Der Vorsitzende weist auf die im Jahre 1948 stattgefundene und österreichweit als einmalig

anerkannte Gründung des talschaftsweiten Dachverbandes hin und spricht seine feste Überzeugung aus, daß bei echtem Willen von allen Seiten eine gemeinsame Lösung möglich sein muß. Er stellt auch klar fest, daß die Auffassungsunterschiede unüberhörbar und daher offene und sachliche Gespräche unerlässlich sind. Der Landesrepräsentant spricht seine ernste Sorge aus, daß eine Teilung oder Auflösung des Talschaftsverbandes unabsehbare Folgen in anderen Bereichen der talschaftsweiten Zusammenarbeit und Einheit nach sich ziehen würde und appelliert an alle verantwortlichen Gemeindemandatäre, das Talschaftsganze bei den künftigen Überlegungen im Auge zu behalten. Er appelliert andererseits aber auch an alle beteiligten Partner, die offenbar vorliegenden Unstimmigkeiten und Mängel einer sachlichen Diskussion unter Beiziehung von einschlägigen Fachleuten zuzuführen und dabei in erster Linie nicht politische Überlegungen bzw. persönliche Animositäten in den Vordergrund zu stellen.

Bgm. Sandrell stellt abschließend fest, daß auch von der Gemeinde Gaschurn ein klares Bekenntnis zur gesamtalschaftlichen Zusammenarbeit vorliegen wird, andererseits können durch einen schlagkräftigen Tourismusverband als Dachorganisation, welcher nach modernen managementorientierten Instrumentarien geführt wird, auch die kleineren Gemeinden davon profitieren. Von ihm werden die Bemühungen zur Erarbeitung eines touristischen Leitbildes in der Gemeinde Gaschurn in den vergangenen Jahren kurz erörtert. Als einzige Chance zur Beibehaltung eines talschaftsweiten Verbandes wird eine graduelle Änderung in der bisherigen Organisation und die Orientierung nach neuesten Erkenntnissen der Marktbearbeitung für unabdingbar beurteilt, zumal auf dem touristischen Bereich in der Zukunft enorme Anstrengungen erforderlich sein werden. Bgm. Sandrell unterstützt die Bemühungen, eine klare Aussprache unter den betroffenen Partnern mit Darlegung der Standpunkte vorzunehmen, da andererseits eine echte Gefahr zur Trennung gegeben ist. Er stellt fest, daß zur Herbeiführung einer konstruktiven Lösung auch der Wille der Verantwortlichen, vor allem seitens der Geschäftsführung des Verbandes, zur Zusammenarbeit vorliegen muß.

In Überleitung zu TO Punkt 5 wird vom Vorsitzenden auf Grund den vorangegangenen Beratungen und Diskussionsbeiträgen im Einvernehmen mit den anwesenden Landesvertretern einhellig festgestellt, daß die Realisierung des nun überarbeiteten Konzeptes für das Betriebs- und Verwaltungsgebäude unabhängig von den weiteren Beratungen in Sachen Tourismusverband mit den Architekten zügig vorangetrieben werden kann.

Zur Frage der Ausschreibung der Fachplanungen wird über die in Vorarlberg tätigen Planungsbüros auf den Fachgebieten Elektroplanung, Sanitär- Heizung- Lüftungsplanung und Statik diskutiert, wobei die Auflistung der einschlägigen Büros nach Rücksprache mit der Handelskammer erfolgt ist.

Von der Standesvertretung wird die einhellige Meinung vertreten, daß für die genannten Bereiche ca. 3 - 4 Honorarangebote einzuholen sind, wobei der Landesrepräsentant zur konkreten Festlegung der einzuladenden Fachbüros im Räume Oberland ermächtigt wird.

-9-

Hinsichtlich allfälliger Berücksichtigung von Bestimmungen der Vergaberichtlinien werden durch den Vorsitzenden beim Amt der Landesregierung die weiteren Abklärungen vorgenommen.

Pkt. 6. - Allfälliges:

Von Bgm. Bitschnau wird angeregt, die für das kommende Jahr vorgesehenen Sitzungstermine jeweils auf den ersten Dienstag des Monats festzulegen, wie dies bereits im Vorjahr erfolgreich praktiziert wurde. Diesbezüglich wird von der Standesverwaltung ein entsprechender Vorschlag ausgearbeitet und den Standesvertretern bekanntgegeben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der Vorsitzende um 16.45 Uhr mit dem Dank für die Mitarbeit die Standessitzung.

Schruns, 18. Jänner 1994

Schriftführer:

Die Standesvertretung